



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Volksg Geist, Parteigeist, Massengeist. So weit sind die Preußischen Jahrbücher heruntergekommen! hieß es dieser Tage in der Nationalliberalen Korrespondenz, weil Professor Delbrück den Nationalliberalen eine bittere Wahrheit gesagt hat, die freilich schon deswegen tief kränken mußte, weil sie nicht bestritten werden kann. So weit heruntergekommen! rufen die Konservativen, wenn einer ihrer Freunde eine vernünftige Ansicht der Freisinnigen, und die Freisinnigen, wenn einer der Ihrigen eine für konservativ geltende Ansicht verteidigt. So tief gesunken! jammern die Mitglieder katholischer Gemeinden, wenn sie entdecken, daß ihr Pfarrer die Kölnische oder die Schlesi'sche Zeitung liest, und dann veranstalten sie eine neuntägige Andacht zur Rettung seiner Seele. So tief gesunken! heißt es wiederum in den allerdings sehr zusammengeschmolzenen Kreisen der liberalen Katholiken, wenn sich einer der Ihrigen mit den Schwarzen einläßt. Und mit welchen Augen einander die sozialdemokratischen Arbeiter und die Unternehmer ansehen, das ist ja weltbekannt. So besteht also das deutsche Volk aus einem halben Duzend großer und ebenso viel kleinen Parteien, von denen jede ihren eignen Geist hat, sodaß sie die übrigen weder versteht noch von ihnen verstanden wird, von denen jede die Angehörigen der übrigen als Aussätzige behandelt, deren Verührung befleckt, sodaß einer, der sich mit andern Parteien einläßt, der Acht verfällt und von seiner eignen Partei ausgestoßen wird. Und hat er keine Lust, sich dem Parteizwang einer andern zu unterwerfen, so bleibt er vogelfrei und hat kein Organ mehr, durch das er zu seinen Mitbürgern sprechen könnte. So giebt es denn keinen deutschen Volksg Geist, sondern nur ein Duzend Bruchstücke des ehemaligen deutschen Volkes, die einander hassen und verachten und nur durch geographische, wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten zusammengehalten werden. Und wenn die Zeitungen den Mund voll nehmen und prahlen: das deutsche Volk will dies oder das, so lügen sie, denn sie meinen immer nur das Zehntel, Siebentel oder Fünftel, das ihre Partei bildet.

Wir wollen hier nicht untersuchen, wie die geographischen, politischen und konfessionellen Verhältnisse unsers Vaterlandes mit den Gemütsanlagen unsers Volks und den sozialen Schwierigkeiten der Gegenwart zusammengewirkt haben, diesen Zustand zu erzeugen. Aber auf eins müssen wir hinweisen: daß hinter dem Parteigeiste der Massengeist steht, dem er mehr und mehr dienstbar wird. Ist die Feindschaft der Parteien vielfach aus doktrinärem Eigensinn entstanden, so wird sie jetzt von der berechnenden Selbstsucht der Klassen geschürt; nichts ist dieser erwünschter als das hergebrachte Vorurteil jeder Partei, daß die Angehörigen der übrigen Parteien schlechte Kerle seien, mit denen zu verkehren eine Schande sei für einen anständigen Mann. Den Nutzen, den dieser Zustand den Klassen bringt, wollen wir an einem Falle klar machen, der nicht gerade selten vorkommt. Ein Publizist wird in einer Partei gern vernommen, weil er einige Ansichten dieser Partei teilt und mit Geschick vorträgt. Eines Tages aber findet er sich bewogen, der Mehrheit dieser Partei zu sagen: Nehmt euch in acht! die Maßregeln, die eure Führer jetzt vorschlagen, werden nicht euch, sondern nur der Minderheit eurer Partei, einem engen Kreise von Interessenten, Vorteil bringen; der Parteizwang wird dazu benutzt, euch für die selbstsüchtigen Absichten andrer zu mißbrauchen. Da kann sich

nun zweierlei ereignen. Entweder er sagt es in einem Organ, das der Partei angehört oder doch nahesteht; dann wird dieses Organ, wenn es ihm nicht den Abschied geben will, geboykottet. Oder er sagt es in einem Organ der Gegenpartei; dann wird er, je nachdem, als Judenknecht oder als Junker- und Pfaffenknecht verfehmt, und die Parteischafe wissen, daß sie von seiner Hand kein Futter mehr nehmen dürfen, weil es Gift ist. So kann jede vernünftige Ansicht immer nur in dem engen Kreise weitergepredigt werden, wo sie ohnehin zu Hause ist und man die Predigt nicht mehr braucht, aber niemals kann eine vernünftige Ansicht der Freisinnigen in konservative oder eine vernünftige Ansicht der Konservativen in liberale Kreise eindringen und die selbstjüchtigen Bestrebungen der Parteiführer hemmen. So sind bisher alle Versuche, einen allgemeinen deutschen Volksgeist zu erzeugen, vereitelt worden, Versuche, meinen wir, die von vermittelnden, durch kein Klasseninteresse gebundenen Männern ausgehen. Denn nur von solchen darf man sich mit der Zeit Erfolg versprechen; was die Versuche entgegengesetzter Art betrifft, die Versuche jeder einzelnen Partei, die übrigen Parteien zu verschlingen, ihren Parteigeist zum allgemeinen deutschen Volksgeiste zu erheben, das ganze deutsche Volk entweder preußisch-konservativ, oder nationalliberal, oder berlinisch-freisinnig zu machen, so verschlimmern sie nur die Spaltung: jeder solche Versuch steigert den Haß der übrigen Parteien zum Wahnsinn.

Ein Zustand, wo das ganze Volk von einem Geiste beseelt ist und mit klarem Bewußtsein ein gemeinsames Volksinteresse verfolgt, ohne daß dadurch Interessenkämpfe einzelner Klassen und Meinungskämpfe einzelner Schulen in seinem Innern ausgeschlossen werden, ist keine Utopie; er ist anderwärts, namentlich in England, seit langem verwirklicht. Eine Londoner Korrespondenz des Vorwärts beantwortete neulich die Frage, wie es komme, daß es die mächtige englische Arbeiterpartei zu keiner eignen Presse bringt. Die erste der beiden Ursachen dieser Erscheinung, die angeführt wurden, berührt unser Thema nicht. (Die Konkurrenz habe die Zeitungen so spottbillig gemacht, daß Blätter, deren Auflage unter 10 000 betrage, nicht lebensfähig seien, daß daher zur Zeitungsgründung ein sehr bedeutendes Kapital gehöre.) Als zweite wurde genannt, daß der englische Arbeiter gar keine eigne Presse brauche, weil die bürgerlichen Blätter über alle ihn interessierenden Fragen vollständig und objektiv berichteten und die von Arbeiterführern eingesandten Beiträge unbeanstandet aufnahmen. Bekannt ist ja von alten Zeiten her die „Charakterlosigkeit“ der Times. Nun, die gereicht ihr zum größten Ruhme; eben dadurch wird sie das Organ des englischen Volksgeistes, daß sie sich den Ansichten, Wünschen und Bestrebungen aller Engländer als Verkündigungsorgan darbietet. Das Nineteenth Century ist ausdrücklich als Organ aller Engländer gegründet worden, und bis auf den heutigen Tag, soviel wir wissen, wird es von Konservativen und Liberalen, von Lords und von Arbeitern, von Hochkirchlichen und Dissentern, von Protestanten und von katholischen Bischöfen benutzt. Auch in England bekämpfen einander die politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Parteien (letztere am wenigsten*), mit Bitterkeit, aber es fällt niemand ein, die Anhänger der Gegenparteien als rüudige Hunde zu behandeln und ihnen zu sagen: ihr seid gar keine Engländer. Das gemeinsame Volksinteresse ist jedem Engländer klar: es besteht in der Ausdehnung des englischen Handels und des englischen Kolonial-

*) Den deutschen Katholiken hat erst der Kulturkampf zu einer eignen Presse verholfen; erst seit zwanzig Jahren sind sie von dem Geistesleben der größern Hälfte des deutschen Volkes hermetisch abgesperrt.

reichs; über die Teilung der Schlüssel liegen die Stände und Massen in England einander so gut wie bei uns in den Haaren, aber das bezweifelt keiner, daß man darnach streben müsse, die Schlüssel immer größer zu machen, und dieses allgemeine Streben ist eben das wesentliche des englischen Volksgeistes.

Es hat Zeiten gegeben, wo die Kirche die Werkstätte, das Gehirn des Volksgeistes war. Die sind vorüber; heute ist die Presse an ihre Stelle getreten. Wollen wir es zu einem deutschen Volksgeiste bringen, so müssen wir eine deutsche Volkspresse haben. Der Denunziation: *Hic niger est, hunc tu, Romane, caveto*, muß ihre Wirkung genommen werden. Wir müssen Zeitungen und Zeitschriften haben, die ihre Spalten allen Richtungen öffnen, und Männer, die in Blätter verschiedener Richtungen schreiben. *)

Die Zeitungspostgebühr. Wenn man Zeitungsnachrichten trauen darf, so wird, wenn nicht noch unvorhergesehene Schwierigkeiten entstehen, dem Reichstage noch vor Ende dieses Jahres der Entwurf eines neuen Postgesetzes betreffend die Neuregelung der Gebühren des Zeitungsvertriebes zugehen. Eine solche Neuregelung wird wohl allgemein als dringendes Bedürfnis empfunden. Zu Anfang des Jahres 1893 brachten die Grenzboten einen Aufsatz, worin an Beispielen gezeigt wurde, daß hier dringend Abhilfe nötig sei. Als bald darauf in der Reichstagsitzung vom 4. März 1893 der Abgeordnete v. d. Schulenburg auch die Frage wegen Änderung der Zeitungspostgebühr anregte, machte der Staatssekretär v. Stephan die Mitteilung, daß die Postverwaltung dieser Frage bereits nähergetreten sei, und daß wahrscheinlich schon Ende April 1893 eine Konferenz aus Vertretern der Reichspostverwaltung und der bairischen und württembergischen Postverwaltung zusammentreten werde, um diese Frage eingehend zu erörtern. Und als dann in der Reichstagsitzung vom 9. Februar 1894 bei der Etatsberatung der Reichspost- und Telegraphenverwaltung der Abgeordnete Bachem nochmals eine andre Feststellung der Postgebühren für den Zeitungsvertrieb befürwortete, „da heute die billigen Zeitungen auf Kosten der teuern begünstigt seien,“ konnte Herr v. Stephan erwidern, daß bereits ein Entwurf ausgearbeitet sei, aber noch verschiedene Stufen zu durchlaufen habe, ehe er an den Reichstag gelangen könne. Diese verschiedenen Stufen hat der Entwurf jetzt anscheinend durchlaufen, auch ist bereits mit der bairischen und württembergischen Postverwaltung die nötige Verständigung erzielt.

Die heute geltenden Bestimmungen über die Höhe der Gebühren des Zeitungsvertriebes durch die Post wurden auf dem deutschen Postkongreß in Dresden in den Jahren 1847/48 festgesetzt. Darnach berechnet sich die Postverwaltung für die Beförderung der Zeitungen eine einheitliche Gebühr, die 25 Prozent beträgt von dem Erlaßpreise der Zeitungen an die Post, mit Ermäßigung auf 12½ Prozent bei Zeitungen, die seltner als monatlich viermal erscheinen. (Das „Ortsbestellgeld,“ das seit einigen Jahren von den Postabonnenten, denen die Zeitungen durch die Post ins Haus gebracht werden, erhoben wird, bleibt hierbei unberücksichtigt.)

Diese vor nunmehr fast einem halben Jahrhundert festgestellten Bestimmungen, die damals für beide Teile, das Postwesen wie das Zeitungswesen, als passend und dienlich gelten mochten, passen für unsre heutigen Verhältnisse schlechterdings nicht mehr. Während damals der Preis der Zeitungen ein Maßstab für die

*) Natürlich nicht in der Weise, wie es käufliche Soldschreiber thun, die sich heute dieser und morgen jener Partei verkaufen, wohl auch gleichzeitig für zwei Blätter entgegengesetzter Richtung im entgegengesetzten Sinne schreiben, wobei hier und da einem Pechvogel das Unglück begegnet, daß er in der Eile die Briefumschläge verwechselt.

Häufigkeit ihres Erscheinens und ihrer Größe war — und nur die zwei Faktoren können für die Postverwaltung bei der Feststellung der Vergütung für ihre Arbeitsleistung bei dem Vertriebe der Zeitungen in Betracht kommen —, so ist er das heute längst nicht mehr. Das Zeitungswesen hat sich in den letzten Jahrzehnten durch die Fortschritte in der Papierfabrikation und der Druckerei, durch die gewaltige Hebung des Verkehrs und der Verkehrsmittel, überdies auch begünstigt durch das Reichspressgesetz vom 7. Mai 1874, das die preussische Tagespresse von der Belastung des Zeitungstempels befreite, in einer Weise entwickelt und verändert, daß heutzutage der Preis einer Zeitung keinen Maßstab mehr abgibt für ihre Größe und für die Häufigkeit ihres Erscheinens. Die Postverwaltung kann aber bei der Feststellung der Höhe der Gebühren für den Vertrieb der Zeitungen nur darnach streben, ihre Einnahme hierfür soviel wie möglich in das richtige Verhältnis zu der dabei geleisteten Arbeitsleistung zu setzen. Jede andre Rücksicht ist vom Übel. Wenn also die jetzige Feststellung der Zeitungspostgebühr dazu führt, daß sich die Postverwaltung für den Vertrieb der einen Zeitung neunzigmal so viel bezahlen läßt, als für den Vertrieb einer andern — nach der Arbeitsleistung der Postverwaltung berechnet —, so ist das eine Absurdität, die dringend Abhilfe fordert. (Nach der Zeitungspreislifte der Post für 1894 kostet die Zeitung Nr. 886 für Postabonnenten vierteljährlich 60 Pfennige, die Post berechnet sich also für den Vertrieb dieser Zeitung [25 Prozent vom Einkaufspreis] vierteljährlich 12 Pfennige. Die Zeitung erscheint sechsmal wöchentlich und ist von gewöhnlicher Zeitungsgröße. Eine andre Zeitung dagegen, Nr. 2750 jener Preislifte, kostet für die Postabonnenten vierteljährlich 9 Mark. Für den Vertrieb dieser Zeitung berechnet sich also die Post [25 Prozent vom Einkaufspreis] vierteljährlich 1 Mark 80 Pfennige. Und diese Zeitung erscheint wöchentlich einmal! Ihr Vertrieb ist also neunzigmal so teuer als der der vorhergenannten Zeitung. Der Einwand, daß in dem zweiten Falle die wöchentlich einmalige Besorgung vielleicht durch den Umfang und das Gewicht der Zeitung der Post mehr Arbeit mache, als im ersten, trifft nicht zu. Auch sind beide Zeitungen keine Lokalblätter, sondern hauptsächlich auf auswärtige Abonnenten angewiesen.)

Der alte Grundsatz, nach dem Preise der Zeitungen die Höhe der Postgebühr zu bestimmen, muß also vollständig aufgegeben werden. Nur die verschiedene Größe der Arbeitsleistung der Post bei dem Vertriebe der Zeitungen kann den richtigen Maßstab bei der Feststellung der Postgebühr abgeben, und die Größe dieser Arbeitsleistung richtet sich nur nach der Häufigkeit des Erscheinens der Zeitungen und nach ihrer Größe oder ihrem Gewicht; denn die Größe der Entfernungen bei dem Vertriebe der Zeitungen wird wohl zweckmäßigerweise außer Acht gelassen.

Der deutsche Buchdruckerverein, der sich mit dieser Frage beschäftigt hat, hat — nach vorliegenden Zeitungsberichten — kürzlich in einer Kommission einstimmig den Vorschlag angenommen, daß als Grundsatz eines neuen Tarifs für die Postgebühr empfohlen werde: 10 Prozent vom Erlaßpreise der Zeitungen an die Post, dazu 8 Pfg. multipliziert mit der wöchentlichen Erscheinungsziffer, endlich 8 Pfg. für das Kilogramm Papiergewicht. Der neue Entwurf der Postverwaltung, der zwar noch nicht amtlich bekannt ist, über den aber doch bereits Angaben in der Presse vorliegen, scheint dem Reichstage ähnliche Vorschläge machen zu wollen. So berichtete kürzlich der Hannoverische Kurier von dem geplanten Postgesetze, daß die Vorlage in der Weise gedacht sei, daß die Postverwaltung beziehen soll: 1. für die allgemeinen Leistungen den gleichmäßigen Satz von 10 Prozent des Einkaufspreises, 2. die Gebühren für Einzelleistungen und zwar a) für Verpackungskosten, deren

Zahresbetrag sich ergeben soll aus einer Gebühr von 25 Pfg. multipliziert mit der im Laufe einer Woche erscheinenden Nummeranzahl, b) als Beförderungskosten von 20 Pfg. für jedes Kilogramm.

Wir können für die Richtigkeit beider Angaben nicht einstehen, der vom deutschen Buchdruckerverein ausgehende Vorschlag kommt uns unwahrscheinlich hoch vor; aber so, wie sie vorliegen, springt doch ein eigentümlicher Unterschied in die Augen. Die Grundtaxe von 10 Prozent vom Einkaufspreis ist bei beiden Vorschlägen gleich; in der Berücksichtigung der Erscheinungsziffer ergibt sich der Unterschied, daß nach dem einen Vorschlag ein Quartal 8 Pfg., nach dem andern $6\frac{1}{4}$ ($\frac{25}{4}$) Pfg. multipliziert mit der Erscheinungsziffer berechnet werden sollen. Hinsichtlich des Gewichts schlägt der Buchdruckerverein vor: 8 Pfg., die Postverwaltung: 20 Pfg. für das Kilogramm.

Nun ist das Gewicht einzelner Nummern der Tageszeitungen — abgesehen von der Beschaffenheit des Papiers — ganz besonders abhängig von den mit Anzeigen angefüllten Beiblättern. Die Papiermasse einer sechsmal wöchentlich erscheinenden Zeitung mit mittelmäßig vielen Anzeigen wiegt im Vierteljahr wohl nicht mehr als 3 Kilogramm. Dagegen wiegt die Papiermasse großer Zeitungen mit sehr vielen Anzeigen vielleicht drei- bis viermal so viel; erscheinen sie doch auch meist mehr als sechsmal wöchentlich.

Wir sind nun zwar der Ansicht, daß die starke Heranziehung des Gewichts der Zeitungen bei der Gebührenberechnung sehr richtig ist, möchten aber doch fragen, ob die Postverwaltung bei der Neuregelung der Gebühren des Zeitungsvertriebes gleichzeitig eine Erhöhung anstreben will. Wir meinen eine wesentliche Erhöhung im allgemeinen; denn daß die billigen Zeitungen, die heute, bei der Berechnung der Postgebühr nach dem Einkaufspreis, auf Kosten der teuern begünstigt sind, in Zukunft mehr herangezogen werden müssen, ist durchaus gerechtfertigt. Der von der Postverwaltung vorgeschlagene Tarif wird nämlich eine wesentliche Erhöhung der Zeitungsgebühr bewirken; sie würde sich im Durchschnitt ungefähr verdoppeln. Eine so wesentliche Erhöhung der Zeitungsgebühr liegt nach unsrer Ansicht weder im allgemeinen Interesse, noch in dem der Postverwaltung.

Das Bestreben, bei der Feststellung der Zeitungsgebühren den Schwerpunkt nicht mehr auf den Erlaßpreis der Zeitungen zu legen, ist durchaus richtig. Aber weshalb kann die Berücksichtigung des Erlaßpreises nicht noch mehr zurücktreten? Was hat der Erlaßpreis der Zeitungen mit der Arbeitsleistung der Postverwaltung zu thun? Nicht das Geringste! Soll trotzdem der Erlaßpreis der Zeitungen nicht ganz unberücksichtigt bleiben, sondern gewissermaßen zur Feststellung einer Grundtaxe dienen, dann sind wohl 5 Prozent auch genug.

Werden dann die zwei Hauptumstände: die Häufigkeit des Erscheinens und das Gewicht der Zeitung in der Weise in Anrechnung gebracht, daß die Postverwaltung außer jener Grundtaxe vierteljährlich noch erhält: 5 Pfg. multipliziert mit der wöchentlichen Erscheinungsziffer und 12 Pfg. für das Kilogramm Papiergewicht, so würde das einen Tarif abgeben, der die jetzt herrschenden Mißstände beseitigte und zugleich erhöhten Ansprüchen der Postverwaltung gerecht würde.

Ein Nachwort zur Ehrensoldfrage erbittet sich der Inhaber des eisernen Kreuzes, aus dessen Feder uns der erste Aufsatz in dieser Sache in Nr. 36 zugegangen ist. Was an der Entgegnung des Vorstandes der Kreuzvereine stichhaltig ist, war von uns von vornherein zugegeben worden: daß es nämlich billig ist, bedrängte Kriegsveteranen aus den Überschüssen des Invalidenfonds kräftig zu unter-

stützen. Ob freilich die Zahl derer, die gerade infolge des Feldzugs dem Siechtum verfallen, aber trotzdem mit ihren Ansprüchen abgewiesen werden, so groß ist, wie die Entgegnung glauben zu machen geeignet ist, muß ernstlich bezweifelt werden. Die Kreuzvereine beanspruchen aber nicht eine Beihilfe oder Unterstützung, sondern einen „Ehrensold“ eben auf Grund ihrer Auszeichnung, und sie klagen es gleichsam als einen Wortbruch an, daß dieser in Aussicht gestellte Ehrensold noch nicht eingetreten sei. Wir behaupten dagegen: Wenn bei der Neustiftung des eisernen Kreuzes die Regelung eines Ehrensoldes „vorbehalten“ wurde, so waren darauf keine weitergehenden Hoffnungen zu gründen und sind auch anfangs nicht darauf gegründet worden, als es der entsprechende Vorgang beim Kreuz von 1813 gestattete. Am bezeichnendsten ist der Hinweis der Entgegnung auf die französischen Verhältnisse und die Annahme, daß die Einführung eines Preis- und Prämienwesens, wie es dort zu Lande üblich ist, bei uns zur Bethätigung von Vaterlandsliebe und Aufopferung für die höchsten Güter anzuspornen geeignet wäre. Das ist es ja gerade, wogegen wir uns sträuben! Wir haben gesiegt, und sicher die meisten, die das eiserne Kreuz tragen, haben es sich verdient ohne jeden Gedanken an eine Geldprämie. Wir beklagen es aufrichtig, daß gerade aus dem Kreise der Inhaber des Kreuzes selbst heraus die Agitation für den Ehrensold betrieben wird, und so der Anschein erweckt werden muß, als ob gerade diesen Männern das Bewußtsein der erfüllten Pflicht und die Genugthuung über die ihnen widerfahrhene hohe Auszeichnung nicht genüge. Wir wünschten, daß gerade sie als Muster völlig uneigennütziger Vaterlandsliebe dastünden. Das scheint uns echte deutsche Art.



Litteratur

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Herausgegeben von Dr. F. Conrad, Professor der Staatswissenschaften zu Halle, Dr. W. Lexis, Professor der Staatswissenschaften zu Göttingen, Dr. L. Elster, Professor der Staatswissenschaften zu Breslau, Dr. Edg. Locning, Professor der Rechte zu Halle. Sechster Band. Statistik — Zwischenhandel. Jena, Gustav Fischer, 1894

Mit dem vorliegenden Bande ist das große Werk, das einem wirklichen Bedürfnis in der denkbar vollkommensten Weise abhilft, vollendet. Die Herausgeber haben gehalten, was das Vorwort zum ersten Bande versprach. Auch dieser letzte Band enthält wieder eine Reihe umfangreicher Abhandlungen von selbständigem Werte, die in Sonderausgaben verbreitet zu werden verdienten, so die über Statistik, in deren Abfassung sich fünf Verfasser geteilt haben, den hochinteressanten Artikel „Wert“ von Böhm-Bawerk und die erschöpfend gründliche Darlegung und Beantwortung der Wohnungsfrage von J. Lehr. Einzelheiten bekritteln zu wollen in einem Werke, worin die hervorragendsten Fachmänner ihr bestes gethan haben, wäre kleinlich. Nur ein Kuriosum wollen wir hervorheben, das in dem Artikel „Trunkucht“ vorkommt. Nach der Tabelle auf S. 278 kommen in Frankreich 7,7, in Großbritannien und Irland bloß 2,68 Liter reinen Alkohols in Branntwein-